



## **Müller, Philipp: Zeit der Unterhändler. Koordinierter Kapitalismus in Deutschland und Frankreich zwischen 1920 und 1950, 480 S., Hamburger Edition, Hamburg 2019.**

**Alexander Leipold**

Online publiziert: 2. Dezember 2019

© Gesellschaft zur wissenschaftlichen Förderung politischer Literatur e.V. and the Author(s) 2019

Jede Nation kultiviert einen Gründungsmythos, der wie ein ideeller Überschuss die Gestaltung staatlicher Institutionen formt. Zu den lange gehegten Grundüberzeugungen der Bundesrepublik zählte die Annahme, der ökonomische Wiederaufstieg nach 1945 sei Ergebnis eines „Wirtschaftswunders“ gewesen. Auch personelle Kontinuitäten, über die Zeit des Nationalsozialismus hinweg, hatten in der Vorstellung eines Neuanfangs keinen Platz. Die wirtschaftsgeschichtliche Forschung hat diese Annahmen widerlegt: Viele Funktionsträger waren bereits kurz nach Kriegsende wieder in bedeutenden Positionen. Das Bild vom ökonomischen Neustart wurde angesichts intakter Produktionsanlagen und günstiger Arbeitskräfte zur Chimäre.

Philipp Müller knüpft mit seiner Arbeit an neuere Forschungen zur Rolle von Ideen und Expertise in der Politikformulierung an und richtet den Blick auf die Vertreter der Wirtschaftsverbände. Dadurch erweitert er das Bild der Forschung um eine Auswertung personeller Verbindungen in deutschen und französischen Verbänden, die unabhängig von den politischen Konstellationen ihrer Zeit gemeinsame ökonomische Interessen identifizierten. Eine Symbiose, die bis in die 1950er Jahre andauerte und so den Prozess der westeuropäischen Wirtschaftsintegration beeinflusste. Müller setzt die Untersuchung zeitlich mit dem Ende des Ersten Weltkrieges ein. In Unterkapiteln werden die Suche nach gemeinsamen Reaktionen während der Weltwirtschaftskrise, Kollaborationen im Vichy-Regime und strategische Interaktionen bei der Entflechtung der Interessengemeinschaft (IG) Farben ausführlicher behandelt.

Neben unveröffentlichtem Material aus 21 Archiven zieht der Autor veröffentlichte Dokumentationen, darunter Darstellungen von relevanten Einzelakteuren sowie eine breite Basis an Sekundärliteratur heran. Die Archivquellen speisen sich neben den Beständen des Bundesarchivs, des Politischen Archivs und des Archivs des Institutes für Zeitgeschichte aus Unternehmens- und Verbandsarchiven (Bayer, MAN, AEG-Telefunken, CAMT), dem Archiv des Paris und den Archives nationales (Pierrefite-sur-Seine). Methodisch orientiert sich Müller an einer rekonstruierenden

---

A. Leipold (✉)  
Hamburg, Deutschland  
E-Mail: [alexander.leipold@leuphana.de](mailto:alexander.leipold@leuphana.de)

qualitativen Fallstudie, die Deutschland und Frankreich nicht als getrennte Einheiten behandelt, sondern in ihrer wechselseitigen Verschränkung diskutiert. Aufgrund ihrer Anlage ist die Studie Interessierten aus den Feldern Politische Ökonomie, Wirtschaftssoziologie und Demokratietheorie zu empfehlen. Die Erschließung des Bandes durch ein Personen- und Sachregister für die weitergehende eigenständige Arbeit wäre wünschenswert gewesen. Die Inhaltsübersicht allein kann dies nicht leisten.

Maßgeblich für die Institutionenbildung war Müller zufolge eine neuer Akteurstyp: der Unterhändler. In soziologischer Hinsicht einte diese Gruppe ihr Alter, ihre ähnlich gelagerte wissenschaftliche Ausbildung und ein technokratischer und pragmatischer Habitus. Viele erfuhren ihre politische Sozialisation nicht in der Industrie, sondern im kaiserlichen Staatsdienst oder in der französischen Kolonialverwaltung. Personen wie Hermann Bücher, der spätere IG Farben-Berater und Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, oder Robert Pinot, Repräsentant der französischen Industrie bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), waren von der Organisationsbedürftigkeit des Kapitals überzeugt und setzten ihre Aktivitäten mit der Arbeit „für das Wohl ihrer nationalen Gesellschaften“ (S. 48) gleich. Aufgrund ihrer privilegierten Kontakte wurden sie zu gefragten Vermittlern und besetzten alsbald Führungspositionen in den nach dem Ersten Weltkrieg neugegründeten Wirtschaftsverbänden.

Das von ihnen postulierte Gesamtinteresse diente der Reihenschließung und Identifikationsstiftung innerhalb des Unternehmerlagers. Aus der neu gewonnenen Geschlossenheit wurde eine Machtressource, die gegenüber dem Staat als Einflussinstrument geltend gemacht werden konnte. Der Autor spricht hier von der Vision eines „koordinierten Kapitalismus“, die ab den frühen 1920er Jahren erarbeitet wurde und eine Reaktion auf die veränderten sozioökonomischen Gesellschaftsstrukturen darstellte. Die Debatte setzte sich auch während der nationalsozialistischen Okkupation Frankreichs fort. Müller führt hierzu stellvertretend ordnungspolitische Diskussionen im Colloque Walter Lippmann, eines frühen neoliberalen Gesprächskreises, an.

Schließlich kontrastiert Müller seine Ergebnisse mit den wirtschaftssoziologischen Konzepten Karl Polanyis und Joseph Schumpeters. Beiden bescheinigt der Autor, den Mechanismus der Interessenvermittlung nicht berücksichtigt zu haben. Bei Polanyi tauchten die Positionen der Unternehmensvertreter gar nicht erst auf. Von einer passiven Einbettung des Marktes in ein Regelsystem könne angesichts des politischen Erfolges der Unterhändler keine Rede sein. Schumpeter hätte hingegen in seiner dystopischen Vision eines Kapitalismus ohne Unternehmer die Selbstheilungskräfte des Marktes über- und die Organisationsfähigkeit der Verbände unterschätzt. Der prognostische Gehalt beider Theorien spielte in den zeitgenössischen Debatten um die Wirtschaftsordnung denn auch keine Rolle. Sie wurden nur nachträglich als sozialwissenschaftlicher Deutungsrahmen herangezogen. Bedeutsamer war den Unterhändlern die „Einhegung der Volkssouveränität“ (S. 417), wie Müller mit Blick auf die Mitbestimmungsdebatte und die nur funktionale Akzeptanz der repräsentativen Demokratie durch die Verbandsvertreter nach 1945 anführt.

Inwiefern diese Demokratieskepsis auch verantwortlich für die jüngeren wirtschaftlichen Krisenerscheinungen ist, spekuliert Müller nicht. Mit Blick auf die Erarbeitung eines wirtschaftlichen Gesamtinteresses vor dem Hintergrund wech-

selnder politischer Regime kann er jedoch den überzeugenden Nachweis erbringen, dass Ideen unter bestimmten Bedingungen die Institutionenbildung anleiten.

Neue Polit. Lit. (2020) 65:147–149  
<https://doi.org/10.1007/s42520-019-00183-4>

## ***Albanese, Matteo/del Hierro, Pablo: Transnational Fascism in the Twentieth Century. Spain, Italy and the Global Neo-Fascist Network, 240 S., Bloomsbury, London/New York 2016.***

**Ursula Birsl**

Online publiziert: 27. November 2019  
© Gesellschaft zur wissenschaftlichen Förderung politischer Literatur e.V. and the Author(s) 2019

In ihrer Studie rekonstruieren die Historiker Matteo Albanese und Pablo del Hierro die wechselvolle Geschichte des (neo-)faschistischen Netzwerks, das seine Zentren in Italien und Spanien hatte. Der Untersuchungszeitraum beginnt 1922 mit dem vermeintlichen „Marsch auf Rom“ und der Ernennung Benito Mussolinis zum Ministerpräsidenten. Es ist der Zeitpunkt, ab dem Mussolini mit seiner Partei, der *Partito Nazionale Fascista* (PNF), erste intensivere Kontakte zu faschistischen Organisationen in Spanien und ab 1923 auch zur nicht-faschistischen Militärdiktatur unter General Miguel Primo de Rivera aufbaute. Die Untersuchung endet 1980 und damit im Jahr vor dem Putschversuch rechter Militärs und von Teilen der *Guardia Civil* im spanischen Parlament, denn „the neo-fascist network did not disappear after 1981, it underwent such substantial changes in its composition and methods that it would deserve a completely different analysis which would go beyond the scope of this book“ (S. 6).

Die Autoren unterteilen die knapp 60-jährige Geschichte des transnationalen Netzwerks in sechs Phasen. Die erste Phase von 1922 bis 1936 beschreibt die Ursprünge des Netzwerks, die in Spanien in die Zeit der Militärdiktatur, der Zweiten Republik sowie des Bürgerkriegs und in Italien in die der Stabilisierung des faschistischen Regimes fiel. In dieser Phase konnten sich persönliche Beziehungen zwischen faschistischen Akteuren verfestigen und politische Ideen ausgetauscht werden, wie etwa zu Arbeitsmarktreformen und zu wirtschaftlichen Modernisierungsprogrammen (S. 11–36). Der Zeitraum von 1936 bis 1945 wird als Phase thematisiert, in der

---

U. Birsl (✉)  
Marburg, Deutschland  
E-Mail: [ursula.birsl@staff.uni-marburg.de](mailto:ursula.birsl@staff.uni-marburg.de)